

Freie Demokraten

Herzogtum
Lauenburg **FDP**

Klarer Kurs für neue Chancen!

Klarer Kurs für unser Herzogtum!

Das Wahlprogramm der Freien Demokraten

Herzogtum Lauenburg zur Kreistagswahl 2018.

FDP - Kreiswahlprogramm 2018

Kreis Herzogtum Lauenburg

www.fdp-rz.de

Inhalt

Präambel.....	4
A. Ein unkomplizierter Staat – eine moderne und bürgernahe Verwaltung.....	5
I. Digitalisierung und Bürgernähe im Internet	5
II. Innere Sicherheit.....	6
B. Beste Bildung für jeden – der Garant für Chancengerechtigkeit.....	7
I. Bildung	7
II. Berufliche Schulen und Jugendberufsagenturen	8
III. Kultur und Denkmalschutz.....	9
1. Kultur	9
2. Denkmalschutz.....	10
C. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen, für eine liberale und offene Gesellschaft.....	11
I. Sozialpolitik.....	11
II. Frauen und Männer in einer freiheitlichen Gesellschaft	12
III. Kinder- und Jugendpolitik	13
IV. Ältere Menschen.....	15
IV. Gesundheit/Rettungswesen	15
V. Drogenpolitik des Kreises	16
VI. Sport in Vereinen	16
D. Wirtschaft fördern, Umwelt schützen	17
I. Wirtschaft, Arbeit, Bauen	17
II. Verkehr	18
1. Straßenverkehr	18
2. Öffentlicher Personennahverkehr	20
3. Verbesserung Verkehrsanbindung Geesthacht	20

4.	Schienenverkehr	21
5.	Elbe-Lübeck-Kanal.....	21
III.	Energie	22
IV.	Abfallwirtschaft.....	23
V.	Fremdenverkehr	24
VI.	Land- und Forstwirtschaft.....	24
1.	Landwirtschaft	24
2.	Forstwirtschaft und Jagd.....	25
V.	Natur und Landschaftsschutz	26
VI.	Klimaschutz.....	27
E.	Ein Staat, der rechnen kann	27

Impressum:

FDP Kreis Herzogtum Lauenburg
Jan Marcus Rossa
21521 Dassendorf
jmrossa@gmx.de
0172-4209339

Präambel

Wir Freien Demokraten sind die Partei der Freiheit und der Selbstbestimmung. Wir möchten für die Menschen in unserem Land Rahmenbedingungen schaffen, die ihnen Chancen eröffnen, um aus ihrem Leben das machen zu können, was sie anstreben. Wir wollen aber auch Menschen, die Hilfe benötigen, die Unterstützung zukommen lassen, damit sie ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten können.

Wir haben sechs Ziele identifiziert, aus denen wir auch auf kommunaler Ebene unsere politischen Forderungen ableiten, die wir Ihnen in diesem Wahlprogramm vorstellen wollen:

Wir wollen **beste Bildung** für unsere Kinder und ein lebenslanges Lernen für Alle.

Wir wollen den Menschen Chancen eröffnen und ein **Vorankommen durch eigene Leistung** ermöglichen.

Wir wollen **Selbstbestimmung in allen Lebenslagen** gewährleisten.

Wir wollen einen **Staat, der rechnen kann** und der sich bewusst ist, dass er die Steuereinnahmen, die von den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land erwirtschaftet werden, verantwortungsvoll zum Wohle unserer Gesellschaft verwaltet.

Wir wollen einen **unkomplizierten Staat**, der für seine Bürgerinnen und Bürger da ist und sie in ihrem Alltagsleben unterstützt und wir wollen – auch auf kommunaler Ebene – einen Rechtsstaat, der sich stets für **Freiheits- und Menschenrechte** einsetzt und dies zum Primat seines Handelns macht.

Diese Leitgedanken moderner liberaler Politik wollen wir auf der Ebene der Kommunalpolitik Geltung verschaffen, denn politische Entscheidungen auf Kreis- oder kommunaler Ebene greifen häufig viel stärker in den Alltag der Menschen ein, als manche Entscheidung auf Bundes- oder Landesebene. In der Kommunalpolitik gestalten wir unsere Heimat. Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung bietet uns gemeinsam den Spielraum, unsere Gesellschaft zu entwickeln und den Herausforderungen, die sich vor Ort im Kleinen und Großen stellen, gemeinsam zu begegnen, um unser Leben und unsere Gemeinschaft zu gestalten.

Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreis Herzogtum Lauenburg **neue Chancen** erarbeiten und umsetzen. Deshalb fordern wir:

Klarer Kurs für neue Chancen!

Klarer Kurs für unseren Kreis Herzogtum Lauenburg!

A. Ein unkomplizierter Staat – eine moderne und bürgernahe Verwaltung

Wir wollen einen modernen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern dient. Die Kommunalverwaltungen sollen bürgernah und effizient sein und einen guten Service bieten. Die Chance dazu bietet die Digitalisierung, denn diese Technik kann Geschäftsprozesse der Verwaltungen effizienter gestalten, den Zugang zur Verwaltung erleichtern und die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Verwaltung andererseits erleichtern. Das setzt aber voraus, dass wir unsere Infrastruktur auf die künftigen technischen Entwicklungen, insbesondere beim Breitbandausbau vorbereiten.

Darüber hinaus muss ein liberaler Rechtsstaat Garant für Sicherheit und Freiheit sein, denn ohne Sicherheit wird es keine Freiheit geben. Deshalb ist es uns wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort auch in den ländlichen Regionen das Gefühl haben können, durch den Staat geschützt zu werden.

I. Digitalisierung und Bürgernähe im Internet

Die Digitalisierung stellt Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Sie wird nahezu alle Lebensbereiche in zunehmender Geschwindigkeit verändern. Wir wollen unseren Kreis darauf vorbereiten, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Nur so werden wir unser lokales Wohlstandsniveau erhalten und ausbauen können. Die vielfältigen Möglichkeiten, die sich durch die digitale Revolution ergeben, wollen und müssen wir vorantreiben, um das Leben der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Herzogtum Lauenburg zu verbessern. Die Teilhabe an den Chancen der digitalen Gesellschaft erfordert eine gute digitale Infrastruktur.

Daher brauchen wir eine flächendeckende Versorgung unseres Kreises mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen und den entsprechenden Kerninfrastrukturen. Sie sind wichtige Standortfaktoren für die im Kreis ansässigen Unternehmen, steigern aber auch die Lebensqualität der Menschen.

Sie ermöglichen die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Teilhabe der Menschen an politischen Entscheidungsprozessen, sind Voraussetzung für die Ansiedlung vieler Unternehmen im Produktions- und Dienstleistungssektor, die intelligente Steuerung unserer Energieversorgungsnetze und die effiziente Einrichtung von Home Offices.

Die FDP des Kreises Herzogtum - Lauenburg will:

- den weiteren Breitbandausbaus im Kreis Herzogtum Lauenburg unterstützen;
- drahtlose Techniken nur als Lückenschlusstechnologie, um auch Gebiete mit schnellem Internet zu versorgen, für die eine Anbindung an das Breitband-Netzwerk technisch oder wirtschaftlich nicht realisierbar ist;

- öffentliche Gebäude als Standorte von Sendern anbieterneutral für Mobilfunk, WLAN und andere funkgestützte Datenübertragungen zur Verfügung stellen;
- vor Radweg- und Straßensanierungen regelmäßig prüfen, ob die Verlegung von Leer-Rohren für zukünftige Breitbandverbindungen sinnvoll ist;
- sämtliche Daten-Übermittlungsverfahren sorgfältig und regelmäßig nach dem aktuellen technischen Stand prüfen, um Datensicherheit zu gewährleisten;
- Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein, um die Effizienz von Strukturen auch innerhalb der Verwaltung durch den Ausbau von Informationstechnologien (e-Government) zu verbessern;
- weitere Möglichkeiten schaffen, Anträge online stellen zu können, um den Verwaltungs- und Zeitaufwand für die Bürgerinnen und Bürger zu vermindern;
- die Einrichtung eines digitalen, zentralen Bürgerbüros („Internetfiliale“) prüfen, in dem Dienstleistungen gebündelt und transparent dargestellt werden können.

II. Innere Sicherheit

Ein liberaler Rechtsstaat basiert auf dem Grundsatz, dass Sicherheit die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten muss und nicht die Freiheit nehmen darf. Sicherheit in unserem Kreis ist daher eine Kernaufgabe des Staates. Dazu gehört, dass wir die Polizei in die Lage versetzen, ihren Aufgaben gerecht zu werden und die Sicherheit gewährleisten zu können. Deshalb setzen wir uns im Kreis für eine hinreichende Präsenz der Polizei in der Fläche ein, denn zu lange Anfahrtswege und -zeiten haben zur Folge, dass die Sicherheitslage insbesondere mit Blick auf das Problem der Einbruchskriminalität leidet und zu einer erheblichen Verunsicherung in der Bevölkerung führt. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben aber einen Anspruch darauf, dass sie sich zuhause sicher und geschützt fühlen.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- eine höhere Präsenz der Polizei im ländlichen Raum;
- die Wiedereröffnung von Polizeistationen in ländlichen Regionen, die besonders schwer von Einbruchskriminalität betroffen sind.

B. Beste Bildung für jeden – der Garant für Chancengerechtigkeit

I. Bildung

Unterschiedliche Menschen beginnend von Kindern bis hin zu Erwachsenen benötigen ein differenziertes Bildungssystem. Lernen findet lebenslang statt, ist individuell und soll auch bildungsfernen und sozial benachteiligten Menschen motivierend möglich sein. Dafür brauchen wir keine neuen Strukturdebatten. Vielmehr müssen alle Beteiligten im Bildungssystem in die Lage versetzt werden, Menschen die notwendigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einstellungen zu vermitteln und zum Lernen zu ermuntern. Ohne eine sich ständig fortentwickelnde Bildung ist der hohe Lebensstandard unserer Gesellschaft gefährdet.

Um positive Lernumgebungen zu schaffen und die Lernmotivation zu erhöhen, bedarf es der Zusammenarbeit aller Beteiligten wie Familie, sozialem Umfeld, Lernort (z.B. Schule oder Bildungsträger) und Kindergarten. Die Digitalisierung muss einen Mehrwert bieten. Sie muss für bessere Bildungschancen für alle sorgen. Nötig sind aber auch die Instandhaltung der vorhandenen Bildungseinrichtungen und ihre Modernisierung, um künftigen Bildungsanforderungen zu genügen.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Kreis Herzogtum Lauenburg durch eine lernfreudige Bildungsumgebung seine Zukunftsfähigkeit ausbaut. Gute Bildungsangebote unterstützen die Ansiedlung von Betrieben und deren Mitarbeitern.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Grundschulen möglichst wohnortnah erhalten, betreute Grundschulen, Lehrmittelfreiheit für die Grundschulen gewährleisten;
- den Erhalt von Gymnasien in Wohnortnähe als leistungs- und wandlungsfähige Schulart. In Ausnahmefällen unterstützt die FDP auch die Einrichtung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, wenn sie bestehende Gymnasien in ihrer Existenz nicht gefährden;
- dass die Einrichtung von Ganztagsangeboten für alle Schularten weiter unterstützt und ausgebaut wird;
- dass Sportangebote als Teil der Bildung einen hohen Stellenwert erhalten
- die Förderzentren erhalten und stärken (z. B. Erweiterungsbau in Geesthacht), im Sinne einer individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen;
- die Ausstattung der Bildungseinrichtungen auf einem modernen technischen Stand halten, z. B. schneller Internetanschluss. Die FDP setzt sich dafür ein, dass sich der Kreis verstärkt um öffentliche Förderprogramme bewirbt;

- die Bildungsarbeit der Volkshochschulen im Kreis weiter fördern, Bildungsangebote optimieren durch Koordinierung von Angeboten der Volkshochschulen, Sportvereine, Bildungsträger und Musikschulen;
- dass die musische Erziehung durch Angebote der Kreismusikschule gestärkt wird;
- deutliche Anstrengungen unternehmen, dass die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss gesenkt werden kann;
- junge Menschen frühzeitig an kulturelle Einrichtungen wie Museen heranzuführen, z. B. durch eine begleitende pädagogische Betreuung;
- Erhalt und Ausbau von Ferienbetreuung unterstützen;
- Bildungsangebote für Eltern stärken. Bildung beginnt bei den Eltern.

II. Berufliche Schulen und Jugendberufsagenturen

Berufliche Bildung ist für die FDP mehr als das Sammeln von Wissen: sie umfasst auch das Fördern von Eigeninteresse und die Anwendbarkeit des Gelernten. Nicht alle Menschen lernen dabei gleich schnell und in der gleichen Art und Weise. Lernen begleitet uns lebenslang und die Motivation hierzu ist dauernd zu erneuern. Das muss nicht nur die berufliche Bildung respektieren. Letztendlich ist nicht der Lernweg wichtig, sondern das Ergebnis!

Die Nachfrage nach Arbeitskräften verlangt, dass niemand auf dem Weg des Lernens zurückgelassen wird. Manche jungen Menschen starten spät, dann jedoch sehr erfolgreich, denn viele von ihnen besitzen ein hohes Bildungspotential. Schulische Lernvermittlung ist dabei nur eine Möglichkeit und es ist notwendig, zusätzlich moderne Lernformen aufzugreifen.

Die Innovationen in allen Bereichen der Wirtschaft folgen in immer kürzeren Abständen. Die FDP möchte, dass im Kreis Herzogtum Lauenburg ein breites Bündnis für Lehr- und Lernbereitschaft entsteht. Die so gewonnenen Fachkräfte sollen dem Kreis erhalten bleiben.

Für junge Menschen auf dem Weg in Ausbildung und Arbeit stellt der Aufbau einer Jugendberufsagentur ein neues Instrument dar, welches Angebote und Förderungen an den Fähigkeiten und Interessen der jungen Menschen orientiert. Die Jugendberufsagentur soll „Hilfe aus einer Hand“ an Ort und Stelle bieten und Rat suchende junge Menschen nicht von einer zur nächsten Behörde weiter schicken. Die Person mit ihren Anliegen und Interessen steht im Vordergrund und nicht die Frage danach, welche Stelle gerade zuständig ist. Der Übergang Schule-Beruf wird so deutlich zielgerichteter und einfacher.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- das duale Ausbildungssystem stärken und darauf hinwirken, dass junge Migrantinnen und Migranten für eine duale Ausbildung geworben werden;
- das regionale Berufsbildungszentrum in Mölln entsprechend den Anforderungen weiterentwickeln;
- den zügigen Aufbau einer Jugendberufsagentur. Hierfür sind keine neuen Stellen zu schaffen, sondern vorhandene Kompetenzen der öffentlichen Einrichtungen zu bündeln. Die Angebote orientieren sich am Bedürfnis der Ratsuchenden, die Jugendberufsagentur berät ergebnisoffen und nicht im Eigeninteresse. Die Einbeziehung der Wirtschaft ist unabdingbar, denn berufliche Bildung muss betrieblich nutzbar bleiben;
- dass im Rahmen der beruflichen Bildung alle Hilfsdienste auch im Falle unterschiedlicher rechtlicher Zuständigkeiten zusammenarbeiten und mögliche Beeinträchtigungen erkennen und hierzu beraten können;
- dass neben den beruflichen Schulen Lernfelder für Benachteiligte geschaffen werden, die in der Lage sind, Spätstartern einen beruflichen Übergang zu ermöglichen. Wichtig ist, dass ein jederzeitiger Wechsel zwischen den Einrichtungen (beidseitig) erfolgen kann, wenn die persönlichen Bedingungen des jungen Menschen es erfordern. Die hierfür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen sind zu schaffen;
- dass für alle jungen Menschen unabhängig von sozialer oder familiärer Herkunft verbesserte Möglichkeiten geschaffen werden, zumindest den ersten allgemeinen Schulabschluss (ESA) zu erreichen. Die Ablegung der Prüfung kann dabei schulisch oder extern erfolgen;
- dass die Wirtschaft verstärkt in die Gewinnung der von ihr nachgefragten Fachkräfte mit investiert. Auch an beruflichen Bildungseinrichtungen können Projekte aus Industrie und Handwerk im Rahmen von Lernprojekten durchgeführt werden. Für eine mögliche öffentliche Förderung ist dabei nicht obligatorisch, dass sie zu betrieblichen Mehrwerten führt.

III. Kultur und Denkmalschutz

1. Kultur

Kultur und Kunst sind wichtig für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, sie sind Quelle von Identität und Teil kreativer, individueller sowie gesellschaftlicher Entwicklung. Eine liberale Kulturpolitik gewährt Kulturschaffenden Freiheit, Unabhängigkeit und fördert die Verständigung untereinander. Aktive Kulturpolitik hat die Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für kreative Freiheit zu schaffen.

Die plattdeutsche Sprache ist für viele Menschen ein Teil der Kultur in unserem Kreis und bedeutet für manche Heimat.

Im Auftrag des Kreises hat die Stiftung Herzogtum Lauenburg in den vergangenen sieben Jahren Kulturarbeit geleistet. Insbesondere die Veranstaltungen im Rahmen des Kultursommers am Kanal haben sehr viel Zuspruch und Anerkennung erfahren. Dabei wurden sehr viele verschiedene Initiativen eingebunden. Die erfolgreiche Arbeit für den Kultursommer am Kanal soll fortgesetzt werden. Die Kulturarbeit der Stiftung wurde durch die Ernennung zum Kulturknotenpunkt des Landes Schleswig-Holstein für die Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg anerkannt.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Gründung einer Stiftung aus den Gewinnen der Kreissparkasse zur Förderung von Sport und Kultur;
- Vereine und private Initiativen wie das Forum „Kultur und Umwelt“ in der Förderung der Kulturarbeit des Kreises stärker berücksichtigen;
- ein neues Konzept für das Kreismuseum initiieren, mit dem die Attraktivität des Hauses für Besucher gesteigert wird, Räumlichkeiten für repräsentative Veranstaltungen des Kreises bereitgestellt werden, Vereine, die in der Kulturarbeit engagiert sind, bei der inhaltlichen Arbeit des Kreismuseums beteiligt werden;
- prüfen, wie die drei musealen Häuser auf der Ratzeburger Insel: Kreismuseum, A. Paul Weber Haus, Barlach-Museum in einem gemeinsamen Konzept zusammengeführt werden können;
- alle zwei Jahre eine Kulturdebatte im Kreistag durchführen;
- eine stärkere Förderung von kulturellen Veranstaltungen, mit denen Jugendliche angesprochen werden;
- das Plattdötsch-Forum unterstützen, das sich zum Ziel gesetzt hat, die plattdeutsche Sprache zu erhalten und zu verbreiten, den Vorlese-Wettbewerb auf Plattdeutsch fördern.

2. Denkmalschutz

Unser Kreis hat eine interessante Geschichte. Davon zeugen viele Boden- und Baudenkmäler. Sie zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, trägt zur Identifikation der Bevölkerung mit dem Kreis bei, vermittelt Heimat und steigert zugleich die Attraktivität des Kreises für Urlauber und Gäste.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- vermehrt Hinweisschilder zu interessanten Denkmälern aufstellen und über die Denkmäler informieren und dabei die Möglichkeit moderner Datenkommunikation nutzen;

- zum bundesweit veranstalteten „Tag des Offenen Denkmals“ (zweiter Sonntag im September) Veranstaltungen durch den Kreis koordinieren lassen und private Eigentümer zur Teilnahme gewinnen;
- dass private Eigentümer von Denkmälern bei Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen finanziell aus Kreismitteln unterstützt werden;
- die Pflege des Bodendenkmalkatasters, in dem alle Bodendenkmäler aufgelistet und Prioritäten für denkmalpflegerische Maßnahmen festgelegt sind;
- dass die Belange des Denkmalschutzes bei der Dorfentwicklung berücksichtigt werden, um so den Erhalt des charakteristischen Gesichts unserer Dörfer zu unterstützen;
- sich für die rechtzeitige und denkmalgerechte Instandhaltung kreiseigener historischer Bauwerke einsetzen. Bei Erhalt und Nutzung kreiseigener, unter Denkmalschutz stehender Gebäude und Bauwerke sowie von einfachen Kulturdenkmalen hat der Kreis eine Vorbildfunktion. Gutshäuser und Wirtschaftsgebäude der kreiseigenen Domänen, Forstgehöfte sowie das Gebäude „Haus der Landwirtschaft“ in Mölln tragen zum Bild des Kreises bei.

C. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen, für eine liberale und offene Gesellschaft

I. Sozialpolitik

Liberale Sozialpolitik folgt dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe und der Unterstützung von Eigenverantwortung. Sozialpolitik muss daher nicht allein auf die Gewährung von unterstützenden Leistungen ausgelegt sein, sondern auch auf eine wachsende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auf Eigenkompetenz und Chancengleichheit. Die FDP möchte die Einleitung einer Trendwende, statt nur die bestehenden Aufwendungen für soziale Leistungen zu akzeptieren.

In der Förderung von Menschen mit Behinderung ist Sorge dafür zu tragen, dass Inklusion für sie einen Weg über beschützende Einrichtungen hinaus bedeuten kann. Therapeutische Maßnahmen dürfen nicht zu einer Sackgasse für die Betroffenen werden. Nicht die unterstützende Hilfe steht im Mittelpunkt, sondern die Steigerung der tatsächlichen Autonomie der Betroffenen. Zusätzlich gilt es, Menschen für die Arbeit mit Menschen – besonders in der Pflege – zu gewinnen.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- eine Zusammenarbeit in der Sozialpolitik, die nicht von Zuständigkeitsdenken und der Abgrenzung geprägt ist, welches Sozialgesetzbuch gerade Anwendung findet.

Sozialpolitik muss bürgernah, klar und verständlich sein und soll den Menschen helfen;

- die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe, wobei dies nicht nur auf finanzielle Leistungen beschränkt werden darf. Insbesondere wird in der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter darauf gedrungen, dass gruppenorientierte Angebote für Langzeitarbeitslose geschaffen werden, um einer sozialen Ausgrenzung entgegenzusteuern.
- Überprüfung aller sozialer Aufgaben des Kreises dahingehend, ob sie tatsächlich Selbsthilfe und Eigenverantwortung fördern, unabhängig davon, ob es sich um Menschen mit oder ohne Behinderung handelt;
- Schaffung neuer und verbesserter Angebote zur Beratung, Selbsthilfe und Eigenverantwortung unter der Voraussetzung, dass diese durch ihre Ergebnisse zu einer Reduzierung sozialer Aufwendungen beitragen. Ein besonderes Anliegen ist dabei die Förderung Alleinerziehender.
- das Angebot der Schuldnerberatung, insbesondere in der Prävention für junge Menschen, erweitern. Es ist eine regelmäßige Sprechstunde im Jobcenter einzurichten;
- dass für Menschen mit Behinderung und ohne Behinderung gleichermaßen die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben verbessert werden.

II. Frauen und Männer in einer freiheitlichen Gesellschaft

Wir Freie Demokraten wollen, dass jede Frau und jeder Mann passende Rahmenbedingungen vorfindet, um das eigene Potential zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Die Achtung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften ist für uns selbstverständlich.

Wir fordern und fördern die gleichberechtigte und partnerschaftliche Verteilung und Anerkennung von beruflicher Arbeit, Familienarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Rahmenbedingungen für Frauen und Männer müssen weiter verbessert werden, damit sie Familie, Beruf und Karriere miteinander vereinbaren können.

Bei der beruflichen Arbeit gilt es, das Potenzial der Frauen auf allen Managementebenen in Unternehmen, Behörden und Organisationen stärker zu nutzen. Männer sollen ermuntert und unterstützt werden, Erziehungsarbeit und Berufstätigkeit miteinander zu verbinden.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Förderung flexibler, familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle.
- kleine und mittelständische Unternehmen durch Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten unterstützen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen;

- gleiche Aufstiegschancen für Frauen und Männer, wobei die Qualifikationskriterien im Mittelpunkt stehen;
- eine Verbesserung der Wiedereingliederung in das Berufsleben nach erziehungsbedingter Berufsunterbrechung;
- das Frauenhaus in Schwarzenbek, die Frauenberatungsstelle und das KiK (Kriseninterventionskonzept) erhalten.

III. Kinder- und Jugendpolitik

Die Attraktivität unseres Kreises für Familien mit Kindern aller Altersstufen sowie für Betriebe hängt stark von den Betreuungsmöglichkeiten sowie den Angeboten zur Freizeitgestaltung ab. In den letzten Jahren ist bereits ein intensiver Ausbau von Plätzen im Krippen- und Elementarbereich betrieben worden, dennoch kann der gesetzliche Anspruch auf einen Platz nicht überall im Kreis erfüllt werden. Das aktuelle Finanzierungssystem belastet die Kommunen sehr stark und führt zu immer weiter steigenden Elternbeiträgen. Unser Kreis liegt in direkter Nähe zu Niedersachsen und Hamburg, die Konkurrenz durch attraktivere Elternbeiträge ist groß.

Das Land wird zur KiTa-Förderung erhebliche Summen bereitstellen, die sowohl in den Platzausbau als auch in die Entlastung von Kommunen und Eltern investiert werden. Dies befürworten wir.

Nicht vergessen werden darf aber, worum es beim Thema (früh)kindliche Betreuung eigentlich geht: Um einen wesentlichen Teil des Alltags unserer Jüngsten. Daher sind uns die Entwicklung und Etablierung von Qualitätskriterien ebenso wichtig. Neben einer kindgerechten Umgebung ist das Fachpersonal der entscheidende Faktor im Einrichtungsalltag. In vielen Einrichtungen ist der Personalmangel groß, die Fluktuation hoch, ungelernete Kräfte oder Eltern übernehmen regelmäßig Vertretungsdienste. Je jünger die Kinder, desto wichtiger ist die Beziehung zu festen Bezugspersonen. Wir wollen daher in Fachpersonal investieren und treten für eine Stärkung der pädagogischen Ausbildungsberufe ein.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Kinderbetreuung ermöglichen.
- das Fördersystem für die KiTa-Finanzierung weiterentwickeln mit dem Ziel einer soliden Finanzierung. Erarbeitung einheitlicher Bemessungs- und Bewertungsgrundlagen (Betriebskosten, Ausfall- und Verfügungszeiten etc.) sowie auslastungsabhängiger und auslastungsunabhängiger Elemente;
- attraktive und bezahlbare Elternbeiträge, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kreises zu sichern und regionale Unterschiede auszugleichen;

- Geschwisterermäßigung beibehalten;
- eine auskömmliche Personalsituation fördern – Unterstützung des entsprechenden Ausbildungsgangs am BBZ;
- Tagesmütter fördern als Alternative und Ergänzung zum KiTa-Angebot („Stormarner Modell“);
- Qualität fördern durch Entwicklung und Etablierung von Standards (baulich, räumlich, materiell, inhaltlich, Arbeitszeiten, Arbeitsschutz);
- Hilfsangebote für Eltern erhalten und fördern (Erziehungsberatungsstellen);
- die Streetworker in unseren Kommunen weiterhin unterstützen;
- die Kommunikation zwischen Jugendlichen und Politikern durch geeignete Projekte fördern.

Eine soziale Jugendpolitik muss auch minderjährige Geflüchtete im Blick haben und für eine gesellschaftliche Integration sorgen. Auch wenn eine Rückkehr in die Heimatländer später möglich ist, so sind Geflüchtete mindestens Mitbürger auf Zeit. Gerade in Kindheit und Jugend werden die Grundsteine für gesellschaftliche Teilhabe, Integration und Leistungsbereitschaft gelegt. Die eigene Lebensplanung hängt stark von der schulischen und beruflichen Orientierung ab. Diese ist bei Geflüchteten unterbrochen. Dauerhafte Integration bedeutet also eine Neuorientierung.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- dass die hauptamtlichen Koordinatoren für Flüchtlinge verstärkt für eine Integration junger Menschen und Kindern in Vereinen und Sportverbänden werben;
- die Ausbildung von Kinderlotsen, die in Flüchtlingsfamilien dafür werben, dass Flüchtlingsfamilien ihre Kinder in Kitas und Vereine schicken;
- die Ausweitung von niedrighschwelligem und spielerischen Sprachangeboten für Kinder und Jugendliche, wobei dem ehrenamtlichen Engagement freiwilliger Helfer eine besonders wichtige Rolle zukommt;
- dass verstärkt darauf geachtet wird, dass Familien Geflüchteter sich nicht von der deutschen Gesellschaft abkoppeln bzw. gar keine Beziehung aufbauen. Das Jobcenter Herzogtum Lauenburg soll Programme für die Arbeit mit geflüchteten Frauen aufbauen und der Kreis jegliche Hilfestellung geben, damit Bildungsangebote nicht an rechtlichen Hürden scheitern;
- junge Geflüchtete für eine duale Ausbildung gewinnen, die einer Hilfstätigkeit vorzuziehen ist.

IV. Ältere Menschen

Unser Kreis ist ein sehr beliebter Wohnort für ältere Menschen. Des Weiteren nimmt die Zahl der älteren Menschen überproportional zu. Von den derzeit 193 000 im Kreis lebenden Bürgern sind etwa 60 000 älter als 60 Jahre. Die älteren Menschen schätzen die weitgehend intakte Natur, das gute kulturelle Angebot, die Nähe zu Hamburg, Lübeck und Lüneburg sowie die nachbarschaftlichen Hilfen sozialer Organisationen.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- dass häusliche Pflege Vorrang vor Heimpflege hat;
- dass älteren Menschen ein selbst bestimmtes Wohnen ermöglicht wird, z.B. in Wohngemeinschaften;
- dass geförderte Wohngemeinschaften durch die Heimaufsicht kontrolliert werden;
- unangemeldete Kontrollen von der Heimaufsicht in Altenheimen und die verständliche Veröffentlichung der Ergebnisse, damit sich Menschen, die einen Heimplatz suchen, besser informieren können;
- eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Pflegeberatungsstelle im Kreis, damit auch weiterhin eine neutrale Beratung der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen möglich ist;
- den Kreis-Seniorenbeirat und die Orts-Seniorenbeiräte unterstützen, damit ältere Menschen in unabhängigen Beiräten vor Ort direkt ihr Wissen und ihre Erfahrungen einfließen lassen können;
- die weitgehende Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude.

IV. Gesundheit/Rettungswesen

In einem Flächenkreis wie dem Kreis Herzogtum Lauenburg ist die Gesundheitsversorgung eine große Herausforderung. Sowohl die Erreichbarkeit von Allgemein- und Fachärzten als auch ein leistungsfähiger Rettungsdienst bei dringender ambulanter Hilfe sind dabei von elementarer Wichtigkeit.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die regelmäßige Überwachung der im Kreis betriebenen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK);
- die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben bei der pflegerischen und ärztlichen Personalausstattung und die zeitnahe Unterrichtung der zuständigen politischen Gremien über etwaige Unzulänglichkeiten;
- den Erhalt von allgemeinmedizinischen Arztpraxen in der Fläche in Zusammenarbeit mit der kreiseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFL);

- durch gezielte Werbeaktivitäten soll medizinisches und pflegerisches Personal angesprochen werden bezüglich der Attraktivität des Kreises als Lebensmittelpunkt;
- den Bedarf und Erhalt der Rettungsarztstandorte prüfen und diskutieren, denn nach der Medikamentenfreigabe an die Rettungssanitäter durch den ärztlichen Leiter des Kreises haben die stationierten Notärzte weniger Einsätze.

V. Drogenpolitik des Kreises

Der Gebrauch von Drogen ist weder harmlos noch ein Beweis für Stärke (zum Beispiel Komasaufen). Drogen haben eine erhebliche Suchtgefahr. Sucht umfasst aber nicht nur alle stofflichen Drogen, sondern auch die Abhängigkeit von Medien. Bemerkenswert steigt bei jüngeren Menschen die Onlinespielsucht mit schwerwiegenden Folgen für Schule, Ausbildung und Beruf (z.B. durch Übermüdung).

Die FDP schreibt nicht vor, wie der einzelne mit Suchtmitteln umgehen soll. Sie steht für die Freigabe von Cannabis, verkennt jedoch nicht den Unterschied zwischen Gebrauch und Missbrauch. Missbrauch führt in die Abhängigkeit und zur Sucht.

Drogenpolitik setzt allerdings nicht erst ein, wenn ein auffälliges Suchtverhalten vorliegt. Prävention beginnt schon in der Schule und verlangt eine angstfreie Umgebung. Vertrauen ist daher das größte Kapital einer Drogenberatungsstelle. Deshalb darf sie keine repressiven Aufgaben übernehmen oder sich an ihnen beteiligen, da Ratsuchende ansonsten die Beratungseinrichtungen meiden würden.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- dass für Kinder und Jugendliche ein konsequentes Drogenverbot durchgesetzt wird. Bei Verstößen werden sie allerdings beraten und nicht kriminalisiert;
- eine langfristige, hinreichende und Planungssicherheit bietende Finanzierung der Drogenberatungsstelle auch für präventive Projekte;
- die Zusammenarbeit zwischen allen sozialen Einrichtungen, Schulen, Verbänden und Vereinen bei der Suchtprävention und Aufklärung über die Gefahren von Drogen.

VI. Sport in Vereinen

Der Vereinssport fördert die Gesundheit, Fitness und das Gemeinschaftsgefühl der Generationen. Die Vereine sind darüber hinaus zumeist Garanten und Förderer des Kinder- und Jugendsports und erfüllen gesellschafts- und gesundheitspolitische Aufgaben. Ohne Förderung können viele gemeinnützige Vereine diese Aufgaben künftig nicht mehr leisten. Die FDP unterstützt die Sportförderung. Sie muss aufgestockt werden.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- den Verein für Jugendpflege und Sport erhalten, weil er vorrangig die kleinen ländlichen Vereine mit ausgebildeten Übungsleitern unterstützt;
- bevorzugte Förderung von Vereinen, die sich besonders im Kinder- und Jugendsport engagieren;
- in den Richtlinien des Kreises Prioritäten für den Kinder- und Jugendsport festschreiben;
- eine vorrangige Förderung des Breitensportes in Vereinen durch den Kreis;
- Vereine bei Investitionen in die Zukunftssicherung unterstützen;
- die ehrenamtlichen Übungsleiter in ihrer Tätigkeit unterstützen (Ausbildung, Fortbildung und Gewährung einer Aufwandsentschädigung);
- die Nutzung von Schulgebäuden, Sportanlagen und Schulhöfen außerhalb der Unterrichtszeit für Vereine verbessern.

D. Wirtschaft fördern, Umwelt schützen

I. Wirtschaft, Arbeit und Bauen

Der Kreis Herzogtum Lauenburg ist im Vergleich der Hamburg-Randkreise der wirtschaftlich schwächste. Deshalb müssen wir Anstrengungen unternehmen, um nicht den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung in den anderen Kreisen zu verlieren. Dies betrifft sowohl die Personalentwicklung von Fachkräften, eine Zukunftsorientierung der Betriebe und eine vorausschauende Wirtschaftspolitik. Der FDP ist es zu wenig, das Bisherige zu bewahren. Die neuen Aufgaben gehen über das bisher Erreichte hinaus. Die Stärke unserer mittelständischen Wirtschaft ist Garant für erfolgs- und zukunftsfähiges Handeln in unserem Landkreis. Eine zielorientierte Politik zur Schaffung von Rahmenbedingungen, die den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert, ist die beste Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Neuorientierung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFL). Die WFL soll das Herzogtum Lauenburg zu dem Existenzgründer-Kreis im Land Schleswig-Holstein weiterentwickeln. Dazu gehören gezielte Kampagnen an den rund 30 Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen im direkten Umkreis des Landkreises. Ferner ist eine serviceorientierte Begleitung von Existenzgründungen von der Konzeptentwicklung bis zum Business-Plan erforderlich. Gleichzeitig wollen wir die WFL zu einer Servicegesellschaft für Betriebe in unserem Kreis entwickeln;
- die Vereinfachung und Beschleunigung von Antragsverfahren für Unternehmensgründungen;

- die faire Berücksichtigung von im Kreis ansässigen Betrieben bei beschränkten Ausschreibungen. Bei gleichwertigen Angeboten sollen Unternehmen aus dem Kreis den Vorzug erhalten;
- die Unterstützung der Gemeinden bei der Ausweisung von Gewerbe- und Baugebieten und der interkommunalen Kooperation sowie Vermarktung der Flächen über kommunale oder kreiseigene Gesellschaften;
- Die Ausweisung von Baugebieten mit bezahlbaren Grundstücken für Einfamilienhäuser, Geschosswohnungsbau sowie die Innenstadtverdichtung in Kommunen und Gemeinden als Schlüssel für die weitere Entwicklung des Kreises und Stärkung der heimischen Bauwirtschaft;
- die Einführung eines ergebnisbezogenen Qualitätsmanagements beim Jobcenter und eine transparente und offene Darstellung der Arbeitsmarktpolitik, um durch Vergleiche Ergebnisse nachvollziehbar zu machen. Die Reaktionsdauer auf aktuelle Entwicklungen soll verkürzt werden;
- die Überprüfung aller öffentlichen sozialen Leistungen mit dem Ziel der Effizienz- und Ergebnissteigerung für Hilfeempfänger;
- die Kooperation der BQG und der WFL bei der betrieblichen Personalentwicklung. Eine Zusammenführung beider öffentlicher Gesellschaften ist möglich, die unterschiedlichen Geschäftsfelder werden weiter bedient;
- die Einberufung einer Zukunftswerkstatt. Diese soll einen Aufgaben- und Leistungskatalog für anstehende Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landkreises erarbeiten. In die Arbeit der Zukunftswerkstatt sind alle relevanten Gruppen wie Unternehmens- und Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Verwaltung und Politik einzubeziehen;
- die Privatisierung kommunaler Aufgaben, wenn sich dadurch Leistungen für die Bürger kostengünstiger erbringen lassen, die Aufwendungen für die öffentliche Hand transparent und nachvollziehbar sind und die Qualität mindestens erhalten bleibt.

II. Verkehr

1. Straßenverkehr

Der Zustand einiger Straßen in unserem Landkreis ist extrem schlecht. Es ist gut, dass das Verkehrsministerium in dieser Legislaturperiode verstärkt in die Sanierung der Landesstraßen investieren will und bereits für 2018 über 90 Mio. € eingeplant hat. Kreise und Gemeinden tragen ebenfalls unmittelbare Verantwortung für einen Teil unserer Infrastruktur, insbesondere für das Straßennetz. Sie wirken an Planungen von Bund und Land mit, zum Beispiel bei der Landes- und Bundesverkehrswegeplanung.

Der Straßengüterkraftverkehr in Deutschland wird in den nächsten 10 Jahren voraussichtlich um weitere 15-20% zunehmen. Auch im Herzogtum Lauenburg müssen aufgrund der Nähe zu Hamburg und Lübeck sowie der entstehenden Fehmarn-Belt-Querung stark ansteigende Güterkraftverkehre auf den Straßen erwartet werden.

Viele Pendler sind aus unterschiedlichen Gründen auf den PKW als Verkehrsmittel angewiesen. Zunehmend ist zu beobachten, dass von dieser Personengruppe Fahrgemeinschaften gebildet werden. Dabei reisen die Teilnehmer individuell zu einem verkehrsgünstigen Treffpunkt an, wo die für die Weiterfahrt nicht benötigten Fahrzeuge abgestellt werden. Vorzugsweise werden dafür Freiflächen in der Nähe von Autobahn-Anschlussstellen genutzt. Wenn diese nicht ausreichen, werden auch nahegelegene Firmenparkplätze oder andere Flächen mitgenutzt. Dies wird von den Grundstückseigentümern nicht in jedem Fall geduldet. Die Bildung von Fahrgemeinschaften reduziert das Verkehrsaufkommen und ist durch die Schaffung entsprechender Anlagen zu fördern.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- den Erhalt und die Pflege der Kreisstraßen, da ein weiterer Aufschub notwendiger Sanierungen einer verdeckten Verschuldung gleich kommt und dem Gebot der Generationengerechtigkeit widerspricht;
- die konstruktive Begleitung des Bundesverkehrswegeplanes; Planung und Umsetzung von erforderlichen Ortsumgehungen sind in Absprache mit dem Landesverkehrsministerium voranzutreiben, um Straßengüterverkehre aus Gemeinden und Städten herauszuhalten;
- den Ausbau der B404 zur A21 mit Anschluss an Niedersachsen und Erweiterung der Elbbrücke in Geesthacht;
- Geschwindigkeitsbeschränkungen für Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen in Ortsdurchfahrten, Wohngebieten, insbesondere für Schulwege und in der Nähe von Spielplätzen, ermöglichen;
- die Planung und Realisierung von Radschnellwegen in Absprache mit den beteiligten Kommunen unterstützen;
- die Planung und Realisierung von Abstellflächen in der Nähe von Autobahnanschlussstellen für Teilnehmer von Fahrgemeinschaften;
- bei der Einrichtung von Parkanlagen für Pendler und Fahrgemeinschaften sollte vorausschauend die Einrichtung von E-Tanksäulen ins Auge gefasst werden. Natürlich immer unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit.

2. Öffentlicher Personennahverkehr

Viele Menschen im Kreis sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Schüler, Auszubildende sowie Pendler nach Hamburg und Lübeck nutzen die Angebote. Der gesamte Kreis liegt im Gebiet der Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV).

Die ländlichen Räume des Kreises Herzogtum Lauenburg lassen sich mit dem herkömmlichen Konzept des öffentlichen Nahverkehrs nicht vollflächig erschließen. Außerhalb der Schulzeiten findet in vielen Orten kein öffentlicher Nahverkehr statt. Dadurch sind gerade junge und ältere Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt. Es gilt, ihnen neue Angebote zu machen.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- das Angebot bedarfsgerecht ausbauen; in Gemeinden ohne regelmäßige Anbindung an den ÖPNV ein Bürgerbussystem fördern;
- Haltestellen barrierefrei gestalten;
- Minderung der Stickoxidemissionen der Stadtbusse durch Einbau von spezifischen Katalysatoren;
- in E-Busse für den Stadtverkehr investieren, sofern eine überwiegende Beladung der Akkus mit Windstrom aus dem Kreis gewährleistet ist.
- ein modernes Nahverkehrskonzept für den ländlichen Raum, in das ein flexibles Bedarfsbussystem integriert wird. Hierbei bestimmt der Nutzer, wann ihn der Bus wohin bringt. Der Bedarfsbus steht zu den bisherigen Mobilitätsangeboten nicht in Konkurrenz, sondern ist als Ergänzung konzipiert. Die Gemeinden sind zu beteiligen.

3. Verbesserung Verkehrsanbindung Geesthacht

Geesthacht ist die größte Stadt im Kreis Herzogtum Lauenburg mit einer engen Verflechtung nach Hamburg. In der Diskussion ist die Schaffung einer Schienenanbindung, für die das Land Schleswig-Holstein eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat. Die FDP sieht es als wahrscheinlich an, dass aufgrund zahlreicher Querungen der ehemaligen Schienentrasse, aber auch wegen vieler anderer Umstände, eine Schienenanbindung für den Personenverkehr nicht möglich sein wird.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- Prüfung von Alternativkonzepten, um die Anbindung Geesthachts an Hamburg zu verbessern;

- ein modernes Personennahverkehrskonzept, das die Nutzung der vorhandenen Bahntrasse für ein Spurbussystem bei gleichzeitiger Beibehaltung der Bahnstrecke für den Güterverkehr nach Krümmel, um die wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und rechtlichen Probleme einer Reaktivierung der Bahnstrecke für den Personennahverkehr zu vermeiden.

4. Schienenverkehr

Der Schienenverkehr ist ein wichtiges Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur. Um Individualverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, muss Pendlern, Schülern und auch Urlaubern ein attraktives Angebot gemacht werden. Dies schließt insbesondere die Einrichtung von Park & Ride-Plätzen ein.

Die geplante feste Beltquerung wird zusätzliche Personen und Güter auf die Strecke Lübeck-Lüneburg bringen, die über den Hamburger Hauptbahnhof nicht mehr bewältigt werden können.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die langfristige, bedarfsgerechte Sicherung bestehender Haltestellen im Kreis;
- eine bessere Anbindung an Hamburg durch höhere Zugfrequenz in den Hauptverkehrszeiten und die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Transportkapazität;
- die Durchbindung der Strecke von Ratzeburg/Mölln über Büchen direkt nach Hamburg;
- die durchgängige Elektrifizierung und den zweispurigen Ausbau der Strecke Lübeck-Lüneburg. Dies ermöglicht zugleich die Vertaktung mit dem IC-Verkehr in Lüneburg sowie die Aufnahme des zusätzlichen Verkehrs, der nach dem Bau der festen Fehmarn-Belt-Querung zu erwarten ist;
- dass der zusätzliche Lärmschutz, der bei höherem Verkehrsaufkommen erforderlich wird, eingeplant und realisiert wird.

5. Elbe-Lübeck-Kanal

Der Elbe-Lübeck-Kanal wurde im Jahr 1900 eingeweiht. Inzwischen wurde sein Ausbau in den vordringlichen Bedarf des geltenden Bundesverkehrswegeplans als Projekt W33 aufgenommen. Kanal und Schleusen müssen an die Erfordernisse der neuen Schiffsgeneration angepasst werden. Nur noch etwa 250 Güterschiffe – auch nur teilbeladen – können derzeit aufgrund ihrer geringen Dimensionen den Kanal befahren.

Der Kanal erfüllt für unseren Kreis zwei wichtige Funktionen: Im Schnitt der letzten fünf Jahre wurden pro Jahr etwa 600 000 t Güter auf dem Kanal transportiert. Er entlastet somit Schiene und Straße. Er ist eine beliebte touristische Attraktion und mehr als 5.000 Sportboote sind im Jahr auf dem Kanal unterwegs. Ohne den Güterverkehr ist seine touristische Nutzung gefährdet.

Die Schleuse Lauenburg wurde 2006 erneuert, alle weiteren Schleusen müssen in den nächsten 20 Jahren ersetzt werden. Die Kurvenradien des Kanals sind unter Berücksichtigung der gewachsenen Siedlungsstrukturen zu vergrößern.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- den Erhalt des Kanals als Wasserstraße für den Transport von Massengütern und seinen Ausbau für den Containerverkehr durch die dafür erforderliche Erhöhung der Brücken;
- einen zügigen Ersatz der alten Schleusen durch neue Schleusen in den Maßen der Schleuse Lauenburg;
- die Vertiefung des Kanals, um größeren Güterschiffen die Fahrt auf dem Kanal zu ermöglichen, für die Begegnung von Güterschiffen genügen die Wartezonen im Bereich der Schleusen;
- den Erhalt des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Lauenburg zumindest als Außenstelle, denn von dort ist eine schnelle Aufgabenwahrnehmung auf dem Kanal, der Elbe und dem Elbeseitenkanal möglich, die Sicherheit auf den Wasserwegen wird gestärkt;
- den Erhalt der Hotopp-Schleuse in Witzeetze als technisches Denkmal.

III. Energie

Die Nutzung von Energie gehört zu den wichtigsten Säulen des Wohlstands unserer Gesellschaft. Die FDP spricht sich für eine Energiewende aus, die sich stets an den drei Oberzielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit messen lassen muss. Energie darf kein Luxusgut werden, sondern muss für jedermann erschwinglich sein. Deshalb müssen derzeitige Fehlanreize im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beseitigt werden und Verbraucher dürfen nicht für Strom zahlen, der nicht erzeugt bzw. nicht genutzt wird. Einen weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien ohne geeigneten Netzanschluss darf es deshalb aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht mehr geben.

Es müssen Technologien entwickelt werden, die die Volatilität der Windenergie im Blick haben. Wir müssen deshalb die Forschung und Entwicklung von Speicherlösungen fördern und den Netzausbau vorantreiben, bevor der Ausbau von Erzeugungseinheiten weiter politisch forciert wird.

Besonders wichtig ist der FDP die Versorgungssicherheit. Ist diese nicht gewährleistet, kann dies zu massiven volkswirtschaftlichen Schäden führen. Hier können intelligente Stromzähler („Smartmeter“) unterstützen, allerdings ist die Einführung und Nutzung streng zu überwachen, damit Kosten und Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Zudem hat der Datenschutz in diesem Zusammenhang höchste Priorität, da mit Smartmetern sensible personenbezogene Daten laufend erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Eine Verwendung von Nutzerdaten über die reine Steuerung der Energieversorgung darf es nicht geben.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Energieeinsparpotentiale von öffentlichen Gebäuden nutzen;
- den schnellen Ausbau der Stromleitungsnetze und den Abbau von bürokratischen Hemmnissen bei Genehmigungsverfahren und Planfeststellungen;
- dass Windenergieanlagen nur dort genehmigt werden, wo technisch die Energie auch aufgenommen und abgeführt werden kann und die Belange der Bürger hinreichend berücksichtigt werden. Die kommunale Entscheidung gegen die Ausweisung muss im Land berücksichtigt werden. Der Abstand soll generell die 7-fache Höhe der Windkraftanlage getragen, mindestens aber 1000 Meter;
- dass bei der Genehmigung von Windenergieanlagen die Interessen des Denkmalschutzes und des Schutzes bedeutender Landmarken sowie touristisch wertvoller Landschaftsbilder berücksichtigt werden;
- keinen Ausbau und keine Ausweisung von Windeignungsflächen in Naturparks, Wäldern und in Naturschutzgebieten;
- beim Bau von Neuanlagen eine Befeuernung;
- dass Windenergieanlagen vom Anlagenbetreiber nach Einstellung des Betriebs vollständig rückstandslos zu beseitigen sind.

IV. Abfallwirtschaft

Die Abfallwirtschaft im Kreis ist gut organisiert. Die Einrichtung der AWSH (Abfallwirtschaft Südholstein GmbH) hat sich bewährt. Im Kreis gibt es Recycling-Höfe, bei denen Bürger ortsnah Abfall anliefern können. Die Bio- und auch die Papiertonne haben sich erfolgreich etabliert. Die Verbrennung des Restmülls in Stapelfeld hat sich bewährt, eine mechanisch-biologische Behandlung von Restabfällen lehnt die FDP ab. Die Behandlung der Abfälle in einer solchen Anlage gewährleistet keine nachsorgefreie Entsorgung.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Abfallgebühren weitgehend stabil halten und Rationalisierungsmöglichkeiten nutzen;
- dass die Sperrmüllabholung auf Bestellung kostenlos weitergeführt werden soll;
- dass neben der Restabfall-, der Bioabfall- und der Papiertonne eine Wertstofftonne eingeführt wird, die den gelben Sack ersetzt und neben Verpackungen des Grünen Punkts auch Abfälle gleicher Materialien (so genannte intelligente Fehlwürfe) aufnimmt.

V. Fremdenverkehr

Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für unseren Kreis hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. 2017 besuchten 8,6 Mio. Tagesgäste den Kreis, 670 000 Übernachtungen wurden gezählt, der Umsatz betrug fast 300 Mio. €. Die Herzogtum Lauenburg Marketing und Service GmbH (HLMS) leistet bei der Vermarktung des Kreises mit Projekten wie der mit verschiedenen Projektpartnern entwickelten Bauernhoftour sehr gute Arbeit.

Für den sanften Tourismus ist der Erhalt unserer Natur eine wichtige Voraussetzung. Informationsangebote über die wechselhafte Geschichte unseres Kreises und seine Kultur erhöhen die Attraktivität als Urlaubsregion für kulturell interessierte Gäste.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Stärkung der HLMS als Dienstleister für die Organisation touristischer Angebote im Kreis;
- die Attraktivität des Kreises als Urlaubsregion auch in der Vor- und Nachsaison stärken;
- Verbesserung der touristischen Infrastruktur durch Aus- und Neubau des Rad- und Wanderwegenetzes; Erholungsangebote an den Gewässern, Wandern und Radfahren im Naturpark, getrennte Ausweisung von Reitwegen, kulturelle Events;
- die Verbesserung des gastronomischen Angebotes durch die Organisation von Wettbewerben und die Verleihung von Qualitätssiegeln durch die HLMS (z. B. „lauenburgischer Teller“);
- den Gesundheitstourismus als zusätzliches Standbein des Fremdenverkehrs in unserem Kreis stärken.

VI. Land- und Forstwirtschaft

1. Landwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft sind wichtig für unseren Kreis. Sie bieten Arbeitsplätze vor allem in den nachgelagerten Wirtschaftsbereichen und gestalten den ländlichen Raum für den Fremdenverkehr. Der Betrieb von Biogasanlagen zur Gewinnung von Strom und Wärme ist ein zusätzliches Standbein für landwirtschaftliche Betriebe in unserem Kreis.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- eine Vielfalt von Betriebsformen in der Landwirtschaft und den Erhalt der bäuerlichen Strukturen im Kreis. Eine Weiterentwicklung der Betriebe muss möglich bleiben;
- eine gute fachliche Praxis bei der Einhaltung von Fruchtfolgen;

- die verantwortungsvolle Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung. Die bei der Stromproduktion anfallende Wärme muss effizient genutzt werden;
- eine Verringerung des Verwaltungs- und Kontrollaufwands für landwirtschaftliche Betriebe, damit Landwirte nicht zu „Schreibwirten“ werden.

2. Forstwirtschaft und Jagd

Unser Kreis ist der walddreichste in Schleswig-Holstein. Gleichzeitig ist unser Kreis mit rund 10.000 ha Wald der größte kommunale Waldeigentümer. Unsere Wälder erfüllen verschiedene Aufgaben: die Produktion von Holz, den Klima- und Artenschutz und die Zurverfügungstellung von Erholungsräumen.

Die Jagd ist angewandter Umwelt-, Tier- und Landschaftsschutz. Sie ist für die naturnahe Waldwirtschaft unseres Kreises, für die Landwirtschaft und die Pflege unserer zahlreichen Naturschutzgebiete unabdingbar.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- die Fortsetzung der erfolgreichen Bewirtschaftung der Kreisforsten, die weiterhin an ökonomischen und ökologischen Zielen auszurichten ist, wobei eine im Schnitt kostendeckende Bewirtschaftung anzustreben ist. Die Wiedereingliederung der Kreisforsten in die Verwaltung als Regiebetrieb kann nur dann Bestand haben, wenn der Betrieb die für einen Wirtschaftsbetrieb erforderlichen Freiräume behält;
- die Kreisforsten nach den Grundsätzen der naturgemäßen Waldwirtschaft bewirtschaften;
- die geplante Forsteinrichtung ist eine sorgfältige Bestandsaufnahme. Der Hiebsatz soll entsprechend den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen festgelegt werden;
- den Aufbau standortgerechter Laubmischwälder mit heimischen Arten unterstützen bei gleichzeitigem Erhalt eines Mindestanteiles an Nadelholz, zur Versorgung der Bauwirtschaft;
- bei der wegen des Eschensterbens notwendigen Wiederaufforstung den Erhalt der Artenvielfalt berücksichtigen;
- den Naturpark Lauenburgische Seen weiterentwickeln;
- den Erhalt des bestehenden Reviersystems, die Stärkung der Hegegemeinschaften und Jagdgenossenschaften und den Abbau von bürokratischen Hemmnissen.

V. Natur und Landschaftsschutz

Unser Kreis ist geprägt durch große, naturnahe Wälder, die Lauenburgische Seenplatte und das Elbufer. Wir wollen die Natur erhalten und vor vermeidbaren Belastungen schützen. Insbesondere beim Ausbau der Verkehrs- und Energieinfrastruktur muss der Schutz von Natur und Landschaft beachtet werden. Es muss vermieden werden, dass weitere Lebensräume von Verkehrswegen durchschnitten werden. Die Biotopverbundachsen haben besondere Bedeutung für die Ausbreitung von Pflanzen und Tieren und sind zu schützen.

Aufgrund zahlreicher Infrastrukturprojekte wie der A 20 und der 380 KV-Leitung sowie die nach Bundesnaturschutzgesetz erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen sind landwirtschaftliche Flächen knapp geworden. Der Ausgleich für Eingriffe in die Natur sollte daher auch durch Geldzahlungen (Ersatzgeld) erfolgen können. Mit diesen Mitteln können unterschiedliche Naturschutzmaßnahmen wie z. B. Renaturierungen von Feuchtwiesen, Fischtreppe, Bachentrohrungen, Wiederherstellen von Mäandern von Fließgewässern, Aufforstungen, Pflegemaßnahmen für den Artenschutz finanziert werden. Die Fischtreppe in der Elbe bei Geesthacht, die aus Ersatzgeld finanziert wurde, ist ein Beispiel dafür, dass mit Ersatzgeld der Naturschutz gestärkt werden kann. An der Verteilung der Mittel ist die Selbstverwaltung des Kreises zu beteiligen.

Die Umorganisation der Verwaltung mit der Eingliederung des Fachdienstes Naturschutz in den Aufgabenbereich der Kreisforstverwaltung wird von der FDP unterstützt, da über die Förstereien eine größere Bürgernähe als bisher ermöglicht wird.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- beim Schutz der Natur die Menschen einbeziehen; Regulierungen müssen erklärt werden und für Betroffene nachvollziehbar sein;
- eine praktikable Handhabung der Eingriffs-/Ausgleichsregelungen, wobei das Ersatzgeld einen höheren Stellenwert erhalten soll;
- die vielfältige Natur in unserem Kreis erlebbar machen, damit Menschen nicht weiter von der Natur entfremdet werden;
- die Wanderwege offen halten;
- die Ausweisung von Naturdenkmälern nach Landesnaturschutzgesetz nutzen;
- die Betretensverbote zum Schutz heimischer Tierarten wie z.B. dem Seeadler zeitlich befristen, da Verbote keine Hintertür für langfristige Gebietssperrungen sein dürfen;
- die Siedlungsgebiete seltener Tierarten von Besucherströmen freihalten;
- den Bau einer Fischzuchtanlage an der Elbe in Geesthacht zur Aufzucht des Europäischen Störs unterstützen und dadurch die Wiederansiedlung des inzwischen ausgestorbenen Störs im Flussgebietssystem der Elbe fördern;
- die Wiederansiedlung der ursprünglichen Schaalseemaräne im Schaalsee unterstützen.

VI. Klimaschutz

Klima ist nicht nur Wetter! Der Klimawandel ist eine langfristige, großräumige und weltweite Entwicklung.

Die liberale Vorstellung von Klimaschutz legt den Schwerpunkt auf individuelle Einsicht und persönliches Engagement der Bürger. Die zunehmende Tendenz, einzelne Schritte dieser wichtigen Aufgabe staatlich zu verordnen und durch strenge Vorschriften zu regulieren, entspricht nicht unserer grundsätzlich freiheitlichen und eigenverantwortlichen Einstellung.

In einem überwiegend ländlich geprägten Raum wie unserem Kreisgebiet ist es notwendig, den Klimaschutz abzuwägen gegenüber anderen wichtigen Aspekten wie dem Artenschutz, dem ökologischen Landschaftsschutz oder der touristischen Bedeutung des Gebietes. Darüber hinaus kann Klimaschutz nicht als lediglich lokale Aufgabe verstanden werden.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- keine Windenergieanlagen in Waldgebieten und im Naturpark Lauenburgische Seen;
- Abwärme, wo es möglich ist, wirtschaftlich nutzen;
- den Ausbau der E-Mobilität unterstützen, soweit sie weitgehend Strom auf der Basis regenerativer, jedoch nicht subventionierter Stromerzeugung produziert;

E. Ein Staat, der rechnen kann

In den vergangenen Jahren waren dem Herzogtum Lauenburg als Konsolidierungskreis enge finanzielle Grenzen gesetzt. Dieser Prozess wird in 2018 abgeschlossen. Gerade auch der Arbeit der FDP-Fraktion im Kreistag ist es zu verdanken, dass durch eine konsequente Ausgabendisziplin dafür gesorgt wurde, dass unser Kreis nicht mehr mit einem strukturellen Defizit belastet ist, sondern in den kommenden Jahren Überschüsse erzielen wird. Trotzdem werden die finanziellen Spielräume nicht besonders groß sein. Ab 2020 gilt zudem in Schleswig-Holstein das in der Landesverfassung verankerte Neuverschuldungsverbot. Aufgrund der Konsolidierungsbedingungen durch das Land wurde so gut wie gar nicht investiert. In den kommenden Jahren müssen deshalb mit den Überschüssen Investitionsstaus behoben werden. Neue Aufgaben, die durch Bund und/oder Land übertragen werden, können nur dann übernommen werden, wenn gleichzeitig die Finanzierung gesichert ist (Konnexitätsprinzip).

Unser Ziel ist eine Haushaltspolitik, die sicherstellt, dass künftige Generationen nicht weiter belastet werden.

Die FDP des Kreises Herzogtum Lauenburg will:

- in den kommenden Jahren eine Investitionsquote von rund 10 Prozent anstreben;
- die Kreisumlage für die Gemeinden und Städte weiter senken;
- neue freiwillige Aufgaben nur dann übernehmen, wenn es an anderer Stelle zu Entlastungen kommt;
- die Personalkosten einsparen, wobei zu überprüfen ist, ob wirklich alle Aufgaben noch, und wenn ja, vom Kreis durchgeführt werden müssen oder eventuell Personalkosten durch Zusammenarbeit mehrerer Kreise eingespart werden können;
- bei freiwilligen Aufgaben kostengünstigen Maßnahmen den Vorrang einräumen, die vielen Menschen dienen;
- ehrenamtlich tätige Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstützen;
- Verkaufserlöse aus dem Kreiseigentum (Grundstücke) zur Senkung der laufenden Schuldenlast oder für Investitionen, auf keinen Fall aber für die Deckung laufender Ausgaben verwenden;
- dass die öffentlichen sozialen Leistungen mit dem Ziel der Effizienz- und Ergebnissteigerung für die Hilfeempfänger geprüft werden.